

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 17. Oktober 1979 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte

A. Zielsetzung

Das im Jahre 1868 eingeführte internationale Rheinregime bedarf einer Anpassung an die insbesondere in den letzten Jahrzehnten eingetretene Entwicklung der Binnenschifffahrt auf dem Rhein und gewisser Ergänzungen im Hinblick auf die mit der Fertigstellung des Main-Donau-Kanals verbundenen Problematik für die west-europäische Binnenschifffahrt.

B. Lösung

In dem Zusatzprotokoll Nr. 2 werden die Rechte der zur Rheinschifffahrt gehörenden Schiffe klargestellt und die Bedingungen aufgezeigt, unter denen Schiffe aus dritten Staaten Transporte zwischen Häfen im Rheinstromgebiet durchführen können. In einem Zeichnungsprotokoll zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 wird den Verpflichtungen einiger Vertragsstaaten der Mannheimer Akte, die zugleich Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sind, Rechnung getragen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (34) – 971 02 – Rh 3/80

Bonn, den 4. März 1980

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 17. Oktober 1979 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Zusatzprotokolls und des Zeichnungsprotokolls in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift zum Zusatzprotokoll sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 483. Sitzung am 29. Februar 1980 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 17. Oktober 1979
zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten
Revidierten Rheinschiffahrtsakte**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 17. Oktober 1979 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll Nr. 2 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte (BGBl. 1969 II S. 597) und dem am 17. Oktober 1979 in Straßburg unterzeichneten Zeichnungsprotokoll zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll Nr. 2 und das Zeichnungsprotokoll sowie die Schweizerische Erklärung zum Zeichnungsprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll Nr. 2 nach seinem Artikel V und das Zeichnungsprotokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Zusatzprotokoll Nr. 2 und das Zeichnungsprotokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da diese Protokolle sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Das Zusatzprotokoll und das Zeichnungsprotokoll sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Zusatzprotokoll Nr. 2 nach seinem Artikel V und das Zeichnungsprotokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Zusatzprotokoll Nr. 2 zu der Revidierten Rheinschiffahrtsakte

Protocole additionnel n° 2 à la Convention révisée pour la navigation du Rhin

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich Belgien,
die Französische Republik,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,
das Königreich der Niederlande,
die Schweizerische Eidgenossenschaft,

La République fédérale d'Allemagne,
le Royaume de Belgique,
la République Française,
le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
le Royaume des Pays-Bas,
la Confédération Suisse,

in der Erwägung, daß gewisse Schwierigkeiten bei der Anwendung und Interpretation einiger Artikel der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868, in der Fassung vom 20. November 1963, aufgetreten sind,

haben vereinbart, sie wie folgt zu ändern und zu ergänzen:

considérant que certaines difficultés sont apparues dans l'application et l'interprétation de quelques articles de la Convention révisée pour la navigation du Rhin du 17 octobre 1868 dans sa version du 20 novembre 1963,

sont convenus d'y apporter les modifications et compléments suivants:

Artikel I

Artikel 2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Als zur Rheinschiffahrt gehörig wird jedes Schiff betrachtet, das zur Führung der Flagge eines der Vertragsstaaten berechtigt ist und sich hierüber durch eine von der zuständigen Behörde ausgestellte Urkunde auszuweisen vermag.“

Article I

L'article 2 paragraphe 3 est remplacé par le texte suivant:

«Sera considéré comme appartenant à la navigation du Rhin tout bateau ayant le droit de battre pavillon d'un des Etats Contractants et pouvant justifier ce droit au moyen d'un document délivré par l'autorité compétente.»

Artikel II

Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Die zur Rheinschiffahrt gehörigen Schiffe sind berechtigt, Transporte von Waren und Personen zwischen zwei an den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Wasserstraßen gelegenen Plätzen durchzuführen. Andere Schiffe sind zur Durchführung solcher Transporte nur nach Maßgabe von Bedingungen zugelassen, die von der Zentralkommission festgelegt werden.

Die Bedingungen für den Transport von Waren und Personen zwischen einem an den vorstehend genannten Wasserstraßen gelegenen Platz und einem Platz in einem dritten Staat durch nicht zur Rheinschiffahrt gehörige Schiffe werden in Vereinbarungen zwischen den beiden betroffenen Parteien festgelegt. Die Zentralkommission wird vor Abschluß derartiger Vereinbarungen konsultiert.

Die vertragschließenden Staaten werden gegenseitig die zur Rheinschiffahrt gehörigen Schiffe und deren Ladungen auf den vorstehend genannten Wasserstraßen in jeder Hinsicht ebenso behandeln wie die eigenen Rheinschiffe und deren Ladungen.“

Article II

L'article 4 est remplacé par le texte suivant:

«Les bateaux appartenant à la navigation du Rhin sont autorisés à effectuer des transports de marchandises et de personnes entre deux points situés sur les voies navigables mentionnées au premier alinéa de l'article 3. Les autres bâtiments ne sont autorisés à effectuer de tels transports que dans des conditions déterminées par la Commission Centrale.

Les conditions de transport de marchandises et de personnes par des bateaux n'appartenant pas à la navigation du Rhin, entre un lieu situé sur les voies navigables mentionnées ci-dessus et un lieu situé sur le territoire d'un Etat tiers, sont déterminées dans des accords à conclure entre les deux Parties concernées. La Commission Centrale est consultée avant la conclusion de tels accords.

Pour ce qui concerne les voies navigables mentionnées ci-dessus, le traitement national, sous tous les rapports, sera accordé aux bateaux appartenant à la navigation du Rhin et à leurs chargements.»

Artikel III

Mit dem Inkrafttreten dieses Zusatzprotokolls werden die Bestimmungen der Revidierten Rheinschiffahrtsakte und ihrer späteren Änderungen, soweit sie gegenwärtig noch gelten und mit den Bestimmungen des Protokolls nicht vereinbar sind, aufgehoben.

Article III

Les dispositions de la Convention révisée pour la navigation du Rhin et de ses amendements ultérieurs, pour autant qu'elles sont actuellement encore en vigueur et qu'elles sont incompatibles avec le présent protocole, sont abrogées.

Artikel IV

Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifikation.

Die Ratifikationsurkunden sind im Sekretariat der Zentralkommission zwecks Verwahrung in deren Archiv zu hinterlegen.

Article IV

Le présent Potocole additionnel est soumis à ratification.

Les instruments de ratification seront déposés au Secrétariat de la Commission Centrale pour être conservés dans ses archives.

Der Generalsekretär veranlaßt die Aufnahme eines Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden; er übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift der Ratifikationsurkunden sowie des Hinterlegungsprotokolls.

Artikel V

Dieses Zusatzprotokoll tritt am ersten Tag des Monats nach der Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde im Sekretariat der Zentralkommission in Kraft. Der Generalsekretär unterrichtet hiervon die anderen Unterzeichnerstaaten.

Artikel VI

Dieses Zusatzprotokoll ist in einer Urschrift in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefaßt; im Falle von Abweichungen ist der französische Wortlaut maßgebend; es wird im Archiv der Zentralkommission hinterlegt.

Jedem Vertragsstaat wird eine vom Generalsekretär beglaubigte Abschrift übermittelt.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Zusatzprotokoll unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 17. Oktober 1979.

Un procès-verbal du dépôt des instruments de ratification sera dressé par les soins du Secrétaire Général, qui remettra à chacun des Etats signataires une copie certifiée conforme des instruments de ratification ainsi que du procès-verbal de dépôt.

Article V

Le présent Protocole additionnel entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le dépôt du sixième instrument de ratification au Secrétariat de la Commission Centrale. Le Secrétaire Général en informera les autres Etats signataires.

Article VI

Le présent Protocole additionnel, rédigé en un seul exemplaire en allemand, en français et en néerlandais, le texte français faisant foi en cas de divergences, restera déposé dans les archives de la Commission Centrale.

Une copie certifiée conforme par le Secrétaire Général en sera remise à chacun des Etats Contractants.

En foi de quoi, les soussignés, ayant déposé leurs pleins pouvoirs, ont signé le présent Protocole additionnel.

Fait à Strasbourg, le 17 octobre 1979.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:

Robert

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:

N. Erkens

Für die Französische Republik:
Pour la République Française:

G. Guillaume

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Pittam

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:

Riphagen

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:

Diez

**Zeichnungsprotokoll
zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2
zu der Revidierten Rheinschiffahrtsakte**

**Protocole de signature
du Protocole additionnel n° 2
à la Convention révisée pour la navigation du Rhin**

Die Bevollmächtigten

der Bundesrepublik Deutschland,
des Königreichs Belgien,
der Französischen Republik,
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,
des Königreichs der Niederlande,
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

die in Straßburg zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 2 zu der Revidierten Rheinschiffahrtsakte zusammengetreten sind, haben bei der Unterzeichnung dieses Protokolls folgende Bestimmungen vereinbart, die integrierende Bestandteile des Zusatzprotokolls sind:

1. Die in Artikel 2 Absatz 3 der durch das Zusatzprotokoll Nr. 2 geänderten Revidierten Rheinschiffahrtsakte bezeichnete Urkunde darf von der zuständigen Behörde des betreffenden Staates nur für ein Schiff erteilt werden, für das eine echte Verbindung mit diesem Staat besteht, deren Merkmale im einzelnen festgelegt werden auf der Grundlage der Gleichbehandlung zwischen Vertragsstaaten, die auch die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um eine einheitliche Festlegung dieser Voraussetzungen zu gewährleisten. Sobald die Voraussetzungen für die Erteilung nicht mehr gegeben sind, verliert die Urkunde ihre Gültigkeit und ist von der ausstellenden Behörde einzuziehen.
2. Die Vertragsstaaten erklären sich im Interesse der Weiterentwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik und des Rheinregimes bereit, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten, um Verhandlungen über die Änderungen der Revidierten Rheinschiffahrtsakte, die für einen etwaigen Beitritt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Internationalen Rheinstatut erforderlich wären, zu ermöglichen.
3. Im Hinblick auf diesen etwaigen Beitritt wird mit dem Inkrafttreten dieses Protokolls die Behandlung, die die zur Rheinschiffahrt gehörenden Schiffe genießen, auch Schiffen zuteil, die die Flagge jedes anderen Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führen dürfen. Durch einen nach dem Verfahren des Artikels II Absatz 1 Satz 2 des Zusatzprotokolls Nr. 2 gefaßten Beschluß kann dieselbe Behandlung auch Schiffen, die die Flagge eines anderen Staates führen, eingeräumt werden.
4. Die Artikel IV bis VI des Zusatzprotokolls Nr. 2 zu der Revidierten Rheinschiffahrtsakte gelten auch für dieses Zeichnungsprotokoll.

Les Plénipotentiaires

de la République fédérale d'Allemagne,
du Royaume de Belgique,
de la République Française,
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
du Royaume des Pays-Bas,
de la Confédération Suisse,

réunis à Strasbourg en vue de procéder à la signature du Protocole additionnel n° 2 à la Convention révisée pour la navigation du Rhin, sont convenus, au moment de signer ce Protocole, des dispositions suivantes qui font parties intégrantes dudit Protocole additionnel:

1. Le document visé à l'article 2 paragraphe 3 de la Convention révisée pour la navigation du Rhin amendée par le Protocole additionnel n° 2, n'est délivré par l'autorité compétente de l'Etat concerné que pour un bateau pour lequel existe avec cet Etat un lien réel dont les éléments seront déterminés sur base de l'égalité de traitement entre Etats Contractants qui prendront les mesures nécessaires pour en permettre une adoption uniforme. Lorsque les conditions de délivrance de ce document ne sont plus remplies, il cesse d'être valable et doit dès lors être retiré par l'autorité qui l'a délivré.
2. Dans l'intérêt du développement de la politique commune des transports et du régime rhénan, les Etats Contractants sont disposés à prendre les mesures nécessaires pour permettre la négociation sur les modifications à la Convention révisée pour la navigation du Rhin qui s'avèreraient nécessaires en vue d'une adhésion éventuelle de la Communauté Economique Européenne au statut international du Rhin.
3. Dans la perspective de cette adhésion éventuelle, le traitement dont bénéficient les bateaux appartenant à la navigation du Rhin est accordé dès l'entrée en vigueur du présent Protocole aux bateaux ayant le droit de battre pavillon de tout Etat membre de la Communauté Economique Européenne. Le même traitement peut être accordé par décision prise conformément à la procédure de l'article II premier alinéa deuxième phrase du Protocole additionnel n° 2, aux bateaux battant pavillon d'un autre Etat.
4. Les articles IV à VI du Protocole additionnel n° 2 à la Convention révisée pour la navigation du Rhin s'appliquent également au présent Protocole de signature.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Zeichnungsprotokoll unterschrieben.

En foi de quoi, les soussignés ayant déposé leurs pleins pouvoirs, ont signé le présent Protocole de signature.

Geschehen zu Straßburg am 17. Oktober 1979.

Fait à Strasbourg, le 17 octobre 1979.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
Robert

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
N. Erkens

Für die Französische Republik:
Pour la République Française:
G. Guillaume

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
Pittam

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
Riphagen

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:
Diez

Schweizerische Erklärung

Anläßlich der Unterzeichnung dieses Zeichnungsprotokolls erklärt der Bevollmächtigte der Schweiz, daß die schweizerische Regierung die in Ziffer 3 vereinbarten Bestimmungen in Berücksichtigung der Verpflichtungen der anderen Vertragsstaaten gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und auf Grund der Tatsache annehmen konnte, daß die wirtschaftliche Ordnung des Binnenschiffahrtsmarktes der durch diese Bestimmungen begünstigten Staaten mit derjenigen der Vertragsstaaten gleich oder gleichwertig ist und deshalb die bestehende wirtschaftliche Ordnung des Rheinschiffahrtsmarktes nicht beeinträchtigen kann.

Déclaration Suisse

Au moment de procéder à la signature du présent Protocole de signature, le Plénipotentiaire suisse a fait observer que le Gouvernement Suisse pouvait accepter les dispositions convenues au chiffre 3, eu égard aux obligations des autres Etats Contractants vis-à-vis de la Communauté Economique Européenne et au fait que la structure économique du marché de navigation intérieure des Etats bénéficiaires desdites dispositions est identique ou équivalente à celle des Etats Contractants et ne pourra, pour cette raison, porter atteinte à l'économie existante du marché rhénan.

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:
Diez

**Denkschrift zum Zusatzprotokoll Nr. 2
zur Revidierten Rheinschiffsahrtsakte von 1868****Allgemeiner Teil**

Das Zusatzprotokoll Nr. 2 betrifft die Abwicklung von Gütertransporten auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen. Die den zur Rheinschiffahrt gehörenden Schiffen gewährten Rechte sind in der Revidierten Rheinschiffsahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Mannheimer Akte) niedergelegt.

Der weitere Ausbau des europäischen Binnenwasserstraßennetzes und vor allem die für die Mitte der 80er Jahre vorgesehene Fertigstellung des Main-Donau-Kanals, der den Verkehr mit Binnenschiffen der Klasse IV zwischen den Stromgebieten von Rhein und Donau ermöglicht, erfordert eine frühzeitige Anpassung der Bestimmungen der Mannheimer Akte an diese Entwicklung.

Ferner lassen gewisse Schwierigkeiten bei der Anwendung und Interpretation einiger Artikel der Mannheimer Akte eine neue klarstellende Formulierung erforderlich erscheinen.

Das Zusatzprotokoll wurde nach langjährigen Verhandlungen im Rahmen der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt in Straßburg und eingehenden Konsultationen der zuständigen Organe der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel am 17. Oktober 1979 in Straßburg gezeichnet.

Vertragsparteien des Zusatzprotokolls sind:

Bundesrepublik Deutschland,
Königreich Belgien,
Französische Republik,
Vereinigtes Königreich Großbritannien
und Nordirland,
Königreich der Niederlande,
Schweizerische Eidgenossenschaft.

Besonderer Teil**Zu Artikel I**

Da zu den Vertragsstaaten der Mannheimer Akte nicht nur Rheinuferstaaten zählen sondern auch Belgien und Großbritannien, wird in Artikel 2 Abs. 3 Mannheimer Akte der Begriff „Rheinuferstaaten“ durch den der „Vertragsstaaten“ ersetzt.

Zu Artikel II

Durch die Änderung des Artikel 4 Mannheimer Akte wird das bedingungslose Recht der zur Rheinschiffahrt

gehörenden Schiffe auf Durchführung von Transporten auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen ausdrücklich bestätigt. Als solche Schiffe gelten die Schiffe der Vertragsstaaten der Mannheimer Akte, nämlich Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande und der Schweiz, die berechtigt sind, die Flagge dieser Staaten zu führen und die wie in Ziffer 1 des Zeichnungsprotokolls vereinbart, eine echte Verbindung zu diesen Staaten haben.

In Ziffer 3 des Zeichnungsprotokolls wird außerdem sichergestellt, daß die Schiffe aus den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ebenso wie die zur Rheinschiffahrt gehörenden Schiffe behandelt werden.

Nach Artikel 4 Abs. 1 Satz 2 Mannheimer Akte in der geänderten Fassung können Schiffe, die nicht zur Rheinschiffahrt gehören, sich ebenfalls am Rheinschiffahrtsmarkt gemäß den von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt festgelegten Bedingungen beteiligen. Darüber hinaus können Schiffe, die nicht zur Rheinschiffahrt gehören, auf Grund eines Beschlusses der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt den zur Rheinschiffahrt gehörenden Schiffen gleichgestellt werden.

Der Wechselverkehr zwischen Häfen am Rhein und seinen Nebenflüssen und Häfen in dritten Staaten durch nicht zur Rheinschiffahrt gehörende Schiffe richtet sich gemäß Artikel 4 Abs. 2 Satz 1 Mannheimer Akte in der geänderten Fassung nach den zwischen den betroffenen Parteien abzuschließenden bilateralen Vereinbarungen. Vor dem Abschluß derartiger Vereinbarungen ist die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt zu konsultieren.

Artikel 4 Abs. 3 Mannheimer Akte in der geänderten Fassung wiederholt den Text von Artikel 4 in der derzeit geltenden Fassung der Mannheimer Akte.

Zu Artikel III

Hierin wird festgestellt, daß Regelungen in der Mannheimer Akte und ihren späteren Änderungen, die noch in Kraft sind und den Vorschriften des Zusatzprotokolls Nr. 2 widersprechen, mit dem Inkrafttreten des Zusatzprotokolls aufgehoben werden.

Zu den Artikeln IV bis VI

Diese Artikel enthalten die üblichen Ratifikations-, Inkrafttretens- und Sprachklauseln.